

Jochen Hippler

Ein trojanisches Pferd - Hamas und die Hintermänner

Die islamistische *Hamas* wird meist der „nationalistischen“ PLO gegenübergestellt, und damit eine tiefe ideologische Gegnerschaft nahegelegt. Tatsächlich sind die Grenzen weniger scharf gezogen: die PLO (insbesondere die *Fatah* Yassir Arafats) war niemals anti-islamisch und hat den Islam immer als Teil der Nationalkultur betrachtet. Umgekehrt war die *Hamas* im Laufe der palästinensischen *Intifada* genötigt, nationale Positionen zu übernehmen, wenn sie nicht jede Basis verlieren wollte: während sie früher der nationalen Frage (und dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes) eher gleichgültig gegenüberstand, änderte sich das drastisch während der achtziger Jahre. Diese Entwicklung bedeutete, daß sich *Fatah* und *Hamas* in gewissem Sinne politisch annäherten, zugleich aber genau dadurch in eine direkte Konkurrenzsituation gerieten. Trotzdem waren beide gezwungen, eher behutsam miteinander umzugehen.

Als dann 1993 die Osloer Abkommen zwischen der PLO und Israel unterzeichnet wurden, änderten sich die Rahmenbedingungen der palästinensischen Politik gründlich. *Hamas* ging sofort auf Distanz und kündigte nach einer Schrecksekunde an, die Abkommen zu bekämpfen und zum Scheitern zu bringen. Tatsächlich aber kam es zu keiner Fundamentalopposition von *Hamas*, obwohl deren Rhetorik den Eindruck erweckte. Statt dessen begann sie eine Politik, die weniger auf die Bekämpfung Israels, sondern stärker auf die Gewinnung von Stärke innerhalb der palästinensischen Gesellschaft zielte. Auch ihre militärischen oder terroristischen Operationen gegen Israel waren dem in der Regel untergeordnet. Im Dezember 1993 ermordeten *Hamas*-Aktivisten Oberst Mintz, den Koordinator der israelischen Geheimagenten im Gazastreifen, drei Monate später in der Westbank den israelischen Geheimdienstler Noam Cohen. Die Ermordung solcher Personen traf in der palästinensischen Gesellschaft auf die gleiche Sympathie, wie später der Mord an *Hamas*-Funktionär Ayyash durch den israelischen Geheimdienst in Israel. Aber Yassir Arafat wurde so in große Schwierigkeiten gebracht: verurteilte er die Morde an Mintz und Cohen öffentlich, schwächte er seine Rolle als palästinensischer Führer. Verweigerte er aber eine Verurteilung, belastete er seine Politik der Kooperation mit Israel. *Hamas* machte mit dieser kalkulierten Politik der PLO klar, daß sie nicht ignoriert werden konnte. Und sie signalisierte Israel, daß sie militärisch wirksamer zuschlagen konnte als die PLO, und daß ein Deal mit Arafat allein keinen Frieden bringen würde.

Zugleich aber richtete sich *Hamas* an den neuen Realitäten nach Oslo aus. Trotz aller Rhetorik akzeptierte sie diese neuen Fakten, versuchte aber, sie zu beeinflussen. So schloß sie Vereinbarungen mit Arafat, die die Respektierung seiner herausgehobenen Rolle in Gaza und der Westbank nach Oslo beinhalteten - und damit implizit wichtige Ergebnisse des Osloprozesses. *Hamas* akzeptierte die durch Oslo möglich gewordenen Wahlen (ohne sich selbst daran zu beteiligen) und den Wahlsieg Yassir Arafats. *Hamas*-Politiker begrüßten die einrückenden palästinensische Polizisten „als Brüder“ oder erklärten, daß es nicht in ihrem Sinne sei, wenn die PLO zerfalle. *Hamas*-Führer Rantisi erklärte, es gehe nicht um den

Sturz der PLO, sondern darum, „ihre Struktur und Form auf einer demokratischen Basis zu erneuern.“

All dies bedeutete aber nicht, daß *Hamas* einen Schmusekurs begonnen hatte. Sie schloß sich im Januar 1994 mit DFLP und PFLP - also zwei marxistisch-leninistischen Parteien, deren Frömmigkeit sich in engen Grenzen hält - in Damaskus zu einer „Allianz der palästinensischen Kräfte“ zusammen, um den Osloprozeß zu bekämpfen.

Insgesamt zielte die Politik darauf, sich selbst als entscheidende Oppositionspartei gegen die PLO-Führung zu etablieren. Wenn dazu militärische oder terroristische Mittel notwendig waren, dann würde man sie unternehmen. Falls aber Kompromisse erforderlich werden würden, wären auch diese kein Problem. Diese Politik war - zumindest bis zur Serie der Terroranschläge in Israel in den letzten Wochen - außerordentlich erfolgreich. *Hamas* repräsentiert heute eine wichtige Strömung der palästinensische Gesellschaft, die entweder sozial konservativ, religiös, oder gegen den Osloprozeß ist.

Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß *Hamas* alles andere als homogen ist. Die Bewegung ist in verschiedenen Strömungen gespalten, von denen der Riß zwischen der pragmatischen Führung im Gazastreifen und den Exilgruppen am bekanntesten ist. Die Gaza-Führung will vor allem ihre Verankerung und ihren politischen Einfluß in Palästina stärken. Fast alle Kompromisse - mit der Ausnahme einer formalen Anerkennung Israels - könnten bei entsprechenden Gegenleistungen in den Bereich des Möglichen rücken. Die Exilgruppen, die über kleine, aber gut organisierte Zellen in den besetzten und den autonomen Gebieten verfügen, folgen einem kompromißlosen Kurs, der sie nichts kostet. Schon in der Frage der Wahlbeteiligung, aber auch bezüglich der jüngsten Terrorwelle brachen die Unterschiede offen aus.

Diese Differenzen zu ignorieren und die palästinensische Autonomiebehörde in einen „totalen Krieg gegen *Hamas*“ (Peres) zu schicken, wäre fatal. Eine solche Strategie erscheint vor dem Hintergrund der israelischen Innenpolitik naheliegend, würde aber keinerlei Aussicht auf Erfolg haben, außer die verschiedenen *Hamas*-Flügel (plus den *Islamic Jihad*, der allerdings geschwächt ist, und einen Teil der säkularen Opposition) zusammenschweißen. Sie würde *Hamas* endgültig als die letzte Bastion der Opposition gegen israelische Dominanz legitimieren und so - trotz vorübergehender militärischer Schwächung - politisch dauerhaft stärken. Der Burgfrieden zwischen PLO und *Hamas*, der ja die praktische Voraussetzung des Staatsbildungsprozesses in Palästina darstellt, wäre natürlich zuende. Yassir Arafat wäre in der Wahrnehmung der Palästinenser - und in der Realität - ein bloßer Handlanger der israelischen Sicherheitsinteressen - und würde damit die politische Basis für eine Versöhnungs- und Friedenspolitik verlieren.

Die Beendigung und Bekämpfung des Terrors kann nur gemeinsam mit dem pragmatischen *Hamas*-Flügel gelingen, ob einem das paßt oder nicht. Nur durch die Beteiligung dieser Strömung - die aus gesellschaftspolitischen Gründen auch diesem Autor nicht eben behagt - läßt sich das Problem mit Hoffnung (aber keiner Garantie) auf Erfolg angehen.

Aus diesem Grund ist die gegenwärtige Kampagne einer Zerschlagung von *Hamas* nicht nur falsch, sondern schädlich und gefährlich. Man würde nicht das Problem, sondern das Instrument seiner Lösung beseitigen und ganz Palästina (plus die Diaspora) an den Rand eines Bürgerkrieges bringen - was der Stabilität und „Sicherheit“ der Region kaum dienlich wäre.

Die Mode der Außenminister der USA, Israels und der EU, „externe Länder“ für den *Hamas*-Terror verantwortlich zu machen, ist kaum klüger und nicht erfolgversprechender. Als „Unterstützer“ der *Hamas* (und damit Förderer des Terrorismus) werden gegenwärtig der Iran, Syrien und Libyen gehandelt. Die letzten beiden Länder sind in unterschiedlichem Maße säkular orientiert und kaum an einer strategischen Förderung des Islamismus interessiert. Beide sind selbst innenpolitisch von islamistischen Kräften bedroht und dürften höchstens in sehr geringem Maße aus taktischen Gründen die *Hamas* unterstützen. Bezüglich Irans sieht das prinzipiell etwas anders aus, allerdings darf nicht vergessen werden, daß es für keines der drei Ländern bisher handgreifliche Belege für eine nennenswerte Unterstützung der *Hamas*-Anschläge gibt. Und wenn allen drei Ländern die Unterstützung terroristischer Aktionen prinzipiell auch zugetraut werden muß, so kann eine solche Plausibilität doch keine Beweise ersetzen.

Andererseits wird bei der gegenwärtigen Diskussion bewußt ausgeblendet, daß andere Länder seit langem bzw. jahrelang eine Unterstützung an *Hamas* geleistet haben oder noch leisten. Besonders wichtig ist hier Saudi Arabien, das aber trotzdem keine Kritik zu befürchten hat. Es handelt sich schließlich um einen wichtigen westlichen Verbündeten.

In der gegenwärtigen Debatte wird auch bewußt ignoriert, daß ausgerechnet Israel in den siebziger Jahren und bis weit in die achtziger hinein in den besetzten Gebieten die Muslimbruderschaft (und deren Ableger, *Hamas*) förderte. Dabei ging es darum, der als gefährlicher betrachteten, nationalistischen PLO eine scheinbar harmlose, religiös-konservative Konkurrenz als Gegengewicht heranzuzüchten. Die US-Zeitschrift *Newsweek* - anti-westlicher oder anti-israelischer Tendenzen vollkommen unverdächtig - erklärte das so: "Jahrelang schienen die arabischen Fundamentalisten zuverlässige Bauern in Stellvertreterkonflikten mit hohem Einsatz zu sein. Sie widersetzten sich massiv den wichtigsten Feinden des Westens, dem Kommunismus und seinen regionalen Verbündeten, dem linken arabischen Nationalismus. Da sie der PLO feindlich gegenüberstanden, erschienen sie für eine israelische Teile-und-Herrsche-Strategie genau passend. Und sie waren ideologisch mit dem wichtigen Verbündeten und Öllieferanten des Westen, Saudi Arabien, auf einer Wellenlänge. ... In den siebziger Jahren begann Israel die Muslimbruderschaft als Gegengewicht zur PLO aufzubauen - und setzte das sogar noch fort, als israelische Truppen im Libanon mit schiitischen Radikalen zu kämpfen begannen."

Die Tatsache, daß dies beiden Seiten heute peinlich ist und deshalb gern unter den Tisch gekehrt wird, ändert daran nichts. Aber aus dieser Erfahrung läßt sich auch der Schluß ziehen, daß eine Unterstützung von *Hamas* durch wen auch immer - Israel, Saudi Arabien, Iran, Syrien oder Libyen - nicht automatisch bedeutet, daß diese Organisation von außen kontrolliert oder deren Aktionen von außen auch angeordnet oder verhindert werden könnten. *Hamas* ist heute ein starker Faktor der palästinensischen Innenpolitik, der weder einfach ignoriert werden, noch militärisch

dauerhaft zerschlagen werden kann. Wer den Terrorismus von *Hamas*-Aktivisten bekämpfen möchte, kommt an diesem Ausgangspunkt nicht vorbei.

Quelle:

Ein trojanisches Pferd - Hamas und die Hintermänner,
in: *Freitag*, 15. März 1996, S. 7

Jochen Hippler

Vorkriegszeit in Nahost?

Palästina und Israel - Hintergründe der Gewaltwelle nach dem Massaker auf dem Tempelberg

Wie kommt es zu den Gewaltausbrüchen in Palästina und Israel, nach all den Vereinbarungen, Verhandlungen, Friedensgesprächen und Nobelpreisen an Arafat, Peres und Rabin? Wie kann es geschehen, daß der Nahe Osten erneut in eine Vorkriegssituation taumelt, wo doch die ganze Welt - und auch die Israelis und Palästinenser - die Nase von der chronischen Gewalt mehr als voll haben? Liegt es tatsächlich daran, daß Arafat "die Kontrolle über die Palästinenser verloren" hat, oder daß der israelische Oppositionsführer Scharon die Gewalt provoziert? Liegt es an der innenpolitischen Schwäche Ministerpräsident Baraks und seinem immer stärkeren Hin-und-her pendeln in der Friedensfrage? So berechtigt einzelne dieser Fragen sein mögen - entscheidend sind sie nicht. Sie machen aus der Tragödie des Nahen Ostens leicht eine Seifenoper der konkurrierenden Persönlichkeiten, der Verschwörungen, bösen Absichten oder menschlichen Schwächen. Aber so sehr es auch in dieser Region von politischen Finsterlingen wimmelt, die auf dem Feuer des Konfliktes ihre eigenen Süppchen kochen möchten, so wenig reicht dieser Hinweis aus, die verfahrenene Situation zu erklären. Aber warum dann die Krise, warum das Umkippen der fragilen Friedenschance in die Gewalt?

Die gewaltsame Konfrontation ist nicht nur der Gegenpol der Verhandlungen, sondern zugleich ihr Ausdruck. Was wir uns immer gern als "Friedensprozeß" vorstellen, ist im Kern etwas anderes: ein diplomatischer Handel zweier politischer Eliten, die durch wechselseitige Vereinbarungen ihre jeweiligen Interessen verfolgen. Yassir Arafat brauchte den Verhandlungsprozeß, um aus dem tunesischen Exil nach Palästina zurückkehren zu können und sich auf die politische Bühne zurückzukämpfen, als er nach Intifada und Golfkrieg eigentlich schon erledigt war. Daß die palästinensische Gesellschaft endlich und dringend Frieden braucht, um sich wirtschaftlich, sozial und politisch weiterentwickeln zu können, ändert daran nichts, sondern gibt Arafats Politik nur den Rahmen. Wer sich aber die Politik des alten Haudegens und Präsidenten in Palästina näher anschaut, kann die Augen nicht davor verschließen, daß Arafat und sein engerer Kreis das Wohl der eigenen Gesellschaft regelmäßig mit dem eigenen verwechseln. Korruption und Menschenrechtsverletzungen nach innen flankieren die Verhandlungspolitik nach außen. Beides zielt in erster Linie auf die Machtsicherung der Person und des Regimes.

Aus israelischer Sicht stellt sich der Friedensprozeß anders dar: das Palästina-Problem war vor allem die Frage der Landnahme, um die Grenzen von den engen Linien des UNO-Teilungsplans bis zum Jordan hinauszuschieben. Die Erfahrungen von Intifada und der Besetzung des südlichen Libanon haben demonstriert, daß die tatsächliche und völlige Integration der Westbank zu akzeptablen Bedingungen und Kosten unrealistisch ist - und damit die Notwendigkeit einer neuen Linie erwiesen. Das israelische Staatsinteresse erfordert eine Befriedung der Westbank (und des Gaza-Streifens), bei und zur Sicherung der eigenen Dominanz. Ein palästinensischer Autonomiebereich oder sogar Rumpfstaat wird damit zur denkbaren Option, solange er nicht gleichberechtigt Israel gegenübersteht, sondern die ihm zugewiesene Aufgabe der Sicherheitsgewährleistung und Kontrolle erfüllt. Innenpolitisch sehr umstritten bleiben dabei die genaue Ausgestaltung und das Maß an Zuständigkeit und territorialer Ausdehnung der palästinensischen Einheit, nicht das Prinzip. Überspitzt formuliert ließe sich feststellen, daß diese Strategie darauf zielt, die palästinensische Führung als Sicherheitsagentur gegen die Palästinenser zu nutzen. Die ständigen Wunschlisten, welche

Islamisten die palästinensischen Sicherheitsbehörden zu verhaften haben, illustrieren diesen Punkt.

Diese Option, einen palästinensischen Kleinstaat als israelisches Protektorat zu organisieren, stellt die mögliche Kompromißlinie zwischen Arafat und der israelischen Regierung dar - erscheint der Mehrheit der palästinensischen Gesellschaft aber als Selbstaufgabe, und muß deshalb von Arafat auch gegen die eigene Bevölkerung durchgesetzt werden, trotz aller vorhandenen Friedenssehnsucht.

Das Problem bestand und besteht darin, daß die Erfordernisse eines Friedens - nämlich u.a. die Versöhnung der beiden verfeindeten Gesellschaften - nie Bestandteil des Prozesses war oder sein konnte. Versöhnung setzt - siehe Deutschland und Frankreich oder Israel, mit Einschränkungen Deutschland und Polen - zumindest eine prinzipielle Gleichheit voraus. Israel und die fragmentierte und ökonomisch allein nicht lebensfähige palästinensische Gesellschaft sind aber von "gleicher Augenhöhe" weit entfernt, die Machtverhältnisse entsprechen halbkolonialen Beziehungen. Einer Besatzungsmacht kann man sich unterordnen, man kann sie bekämpfen, aber versöhnen kann man sich erst nach Ende der Besatzung. Eine Politik und ein Verhandlungsprozeß, die nicht auf das Ende der kolonialen Machtverhältnisse, sondern auf deren konfliktvermindertes Management zielen, mögen in gewissen Grenzen praktikabel sein. Sie mögen die einzige Option darstellen, die verkrustete Situation überhaupt aufzulockern - aber eine Versöhnung bedeuten sie nicht. Sie tragen deshalb auch kaum zur Lösung des Problems bei, sparen die Konfliktursachen aus, nämlich die Herrschaft des einen über den anderen.

Der Verhandlungsprozeß und die personalisierte, autoritäre Herrschaft des Regimes Arafat haben in Palästina weder zu wirtschaftlicher Entwicklung, noch zu Demokratie oder Frieden geführt. Sie haben die palästinensische Gesellschaft demoralisiert. Sie löst sich auf und beginnt, sich gegen sich selbst zu wenden. Weder die Behörden noch die Opposition oder Teile der Bevölkerung glauben noch an irgendeine politische Strategie aus der ausweglosen Lage: zwar braucht man verzweifelt den Frieden, niemand glaubt aber mehr, ihn anders als in einem israelisch kontrollierten Bantustan verwirklichen zu können. Die Unterwerfung bietet keine Lösung, auch der Aufstand oder das Durchwursteln sind hoffnungslos. Die palästinensische Gesellschaft ist demoralisiert, ohne Perspektive oder Hoffnung. Nur noch in der Rebellion gegen die Besatzer und Verhandlungspartner findet sie kurzzeitig zu sich selbst, wissend, daß auch diese keine Lösung eröffnet. Das Regime Arafat ist gescheitert, aber es gibt weder konzeptionell noch personell eine Alternative.

Auf diese Weise hat der Verhandlungsprozeß an den Rande einer diplomatischen Vereinbarung geführt und zugleich die gesellschaftlichen Wurzeln der Versöhnung verdörren lassen. Aus dieser Sackgasse läßt sich nur - und auch das nur mit großer Mühe - herausfinden, wenn weniger über Gipfeltreffen und diplomatische Verabredungen geredet, und mehr über die politische Substanz einer Konfliktlösung nachgedacht wird. Diese aber kann nur in der prinzipiellen Gleichheit und dem gegenseitigem Respekt der Konfliktpartner bestehen, im Verzicht auf Dominanz und Kontrolle. Das ist heute schwer vorzustellen, aber letztlich die einzige Chance, wenigstens in ein oder zwei Generationen zu einer Versöhnung der beiden Gesellschaften zu kommen. Nicht ein paar Prozent mehr oder weniger Territorium, nicht irgendwelche ausgefeilten Mechanismen zur Kontrolle Ostjerusalems oder andere Details sind die Schlüssel zur Lösung, sondern ausschließlich die Frage, ob es Israel gelingt, bei allem Mißtrauen und aller Ablehnung die palästinensische Gesellschaft als legitim und prinzipiell gleichberechtigt neben sich zu ertragen - und die politischen und völkerrechtlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Jochen Hippler

Krieg in Nahost – Palästina: Eine friedliche Lösung wird immer unwahrscheinlicher

Inzwischen wird es immer schwerer, die Kämpfe im Nahen Osten nicht als Krieg zu bezeichnen. Zwar gibt es immer noch die steinwerfenden Jugendlichen, die kleinen Gruppen der Attentäter, die verschiedenen Formen privater Gewalt. Aber die Auseinandersetzungen werden zunehmend vom Militär und den „Sicherheitskräften“ geprägt, von Raketenüberfällen, Hubschrauberangriffen, Panzerbeschuss und Mörsergranaten, den klassischen Instrumenten des Krieges. Auch die Opferzahlen erreichen inzwischen eine Größenordnung, die Friedensforscher gemeinhin als „Krieg“ bezeichnen. In US-Informationendiensten wird schon darüber nachgedacht, ob bald die nächste Eskalationsstufe bevorstehe: der massive Angriff Israels auf die Autonomiegebiete mit der dauerhaften Wiederbesetzung strategischer Teile, die Vertreibung oder Liquidierung der gesamten palästinensischen Führungsschicht, sowie – wenn man schon einmal dabei ist – ein präventiver Angriff auf Syrien. Klingt weit hergeholt? Sicher. Aber daß im Frühjahr ausgerechnet der israelische Tourismusminister und ausgerechnet im Reichstag die Lösung des Nahostkonfliktes nur in einem „humanen Transfer der palästinensischen Bevölkerung“ sehen konnte – also einer Vertreibung der Palästinenser, also dem, was man seit ein paar Jahren „ethnische Säuberung“ nennt – hätte man sich ja auch kaum vorstellen können. Inzwischen ist es nicht nur Zeit, sich auf das Schlimmste vorzubereiten, sondern auch das Undenkbare zu denken. Denn in mancher Hinsicht geschieht es bereits: wenn etwa die israelische Regierung serienweise verdächtige oder für gefährlich gehaltene Palästinenser durch die Armee ermorden läßt – und ihre Todeslisten teilweise sogar veröffentlicht, dann hätte man solche offenen Formen des staatlichen Terrorismus eher im Irak des Saddam Hussein vermutet.

Der Kern des blutigen Konfliktes liegt in der illegalen, seit 1967 andauernden militärischen Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens und der ebenso illegalen Landnahme durch israelische Siedler. Jeder Versuch einer politischen Lösung muß an diesen beiden Punkten ansetzen, wenn sie nicht ins Leere laufen will. In dieser Erkenntnis lag auch die Rationalität der alten Formel „Land gegen Frieden“ – ohne Aufgabe der Besetzung würde und wird der Konflikt noch Generationen weiterschweheln, ruhigere Phasen mit Gewaltausbrüchen wechseln. Die Hoffnung auf einen Friedensprozeß lag darin, daß dies langfristig weder im palästinensischen, noch im israelischen Interesse liegen könne.

Die Probleme begannen, als bereits die Regierungen Rabin/Barak – von Netanyahu zu schweigen – der Versuchung nicht widerstehen konnten, aufgrund der eigenen militärischen und politischen Stärke eine Version des „Friedensprozesses“ zu betreiben, die nicht auf ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Israel und Palästina, sondern auf eine von Palästinensern selbstverwaltete Abhängigkeit zielte. Unter der Regierung des Ministerpräsidenten Ariel Sharon verschob sich die Politik zugunsten einer des „Land *statt* Frieden“ und damit der offenen Konfrontation. Es geht um die Kontrolle des Landes - die Frage eines Friedens oder der Koexistenz mit einer ohnehin für überflüssig gehaltenen Bevölkerung ist dem deutlich nachgeordnet, selbst die Frage der Sicherheit der israelischen Bürger ist dieser Politik zweitrangig, und gehört zu deren zahlreichen Kollateralschäden. Die aktuelle Welle der Gewalt, das Hochschaukeln des Terrorismus und die Zuspitzung der Auseinandersetzung bis zur Schwelle des Krieges sind die direkten Folgen der Sharonschen Politik.

Die palästinensische Seite befindet sich spätestens seit dem Politikwechsel in einer *no-win* Situation: sie verfügt über keine politische Option mehr, ihre grundlegenden Ziele zu erreichen. Mit wem immer man in Palästina auch spricht, von Jugendlichen bis zur politischen Führung (etwa Marwan Barghouti): der Verhandlungsprozeß gilt als endgültig gescheitert. Israel habe offensichtlich kein Interesse an einer politischen Lösung und in der Vergangenheit praktisch alle Vereinbarungen ignoriert oder gebrochen. Wozu solle man da noch verhandeln, außer um die internationalen Partner zufriedenzustellen? Andererseits weiß in Palästina jeder, daß durch Gewalt oder gar Terroranschläge Israel nicht zum Rückzug gezwungen werden kann – dazu ist es militärisch zu stark. In diesem Sinne ist die palästinensische Gewalt nicht wirklich „politisch“ – also auf die konkrete Erreichung eines Ziels gerichtet – sondern psychologisch: Wenn weder Verhandlungen noch Gewalt zum Abzug Israels aus den besetzten Gebieten führen – dann kann man sich durch Steinwürfe, Attentate und selbstgebaute Granaten wenigstens ein Gefühl verschaffen, nicht tatenlos zu bleiben. Die Repression, die Angriffe und die Killerkommandos der Regierung Sharon nehmen andererseits nur eine von mehreren politischen Optionen wahr, stellen nämlich den Versuch dar, die palästinensische Bevölkerung zu demoralisieren und deren politische

Führung als hilflos bloßzustellen. Aber es stellt sich zunehmend die Frage, wohin diese Politik eigentlich führen soll, wenn sie weder Verständigung noch Sicherheit bewirken kann. Die palästinensische Führung demütigen, demontieren oder liquidieren zu wollen bedeutet, auch langfristig keinen Gesprächspartner zu brauchen oder zu wollen. Und das ergibt nur einen Sinn, wenn die Option eines Krieges und des „Transfer der Palästinenser“ zumindest ernsthaft erwogen wird.

Quelle:

unter dem Titel: „Freies Schußfeld – Land statt Frieden: Israels Premier Ariel Sharon behandelt die Palästinenser wie ein überflüssiges Volk“,
erschieden in: *Freitag*, 10. August 2001, S. 1